

## "Gemeinsamer Markt: ja-aber ohne Dirigismus" in Die Zeit (12. Dezember 1957)

**Quelle:** Die Zeit. 12.12.1957, Nr. 50. Hamburg. "Gemeinsamer Markt: ja-aber ohne Dirigismus",  
auteur:Röpke, Wilhelm , p. 14.

**Urheberrecht:** (c) Wilhelm Röpke

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/gemeinsamer\\_markt\\_ja\\_aber\\_ohne\\_dirigismus\\_in\\_die\\_zeit\\_12\\_dezember\\_1957-de-62a09c8d-b464-46b9-8cco-e6f2bf9b2337.html](http://www.cvce.eu/obj/gemeinsamer_markt_ja_aber_ohne_dirigismus_in_die_zeit_12_dezember_1957-de-62a09c8d-b464-46b9-8cco-e6f2bf9b2337.html)



**Publication date:** 05/11/2015

## Gemeinsamer Markt: ja - aber ohne Dirigismus

### Volle Konvertibilität der Währungen wäre die beste europäische Wirtschaftsintegration/von Wilhelm Röpke

Die kürzlich von der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ — wie üblich in Bad Godesberg — abgehaltene Arbeitstagung stand unter dem Motto: „Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen?“ In einer Reihe glänzender Referate wurde hier die Forderung vertreten, der neue Bundestag müsse sich — sehr viel entschiedener als sein Vorgänger! — dagegen wenden, daß der Gedanke der sozialen Marktwirtschaft durch immer weitere Zugeständnisse an kollektivistische und staatskapitalistische Tendenzen „ausgehöhlt“ werde. Es gelte insbesondere, bei allen wirtschaftspolitischen (und politischen...) Entscheidungen die Stabilität des Geldwertes als tragendes Prinzip, das auch nicht mittelbar gefährdet werden dürfe, zu respektieren. Damit klang die Mahnung wieder auf, die schon auf der vorangegangenen Arbeitstagung Mitte dieses Jahres erhoben worden war, als sich die „Aktionsgemeinschaft“ gegen das Zuviel an Interessentenpolitik, an Staatskapitalismus und an Wohlfahrtsstaat wandte und ihre Besorgnisse äußerte, daß die soziale Marktwirtschaft derart diskreditiert oder gar „verwirtschaftet“ werden könnte. — Als eine Art Testfall für die bedenklichen Möglichkeiten, daß politisch bedingte Entscheidungen zu einer Gefährdung marktwirtschaftlicher Grundprinzipien führen können, ist in diesem Zusammenhang das Vertragswerk von Rom zu nennen, das den Gemeinsamen Markt (also die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“) realisieren soll. Hierüber sprach Professor W. Röpke (Genf) in Bad Godesberg: wie immer höchst eindringlich und mit trefflichen Formulierungen; besonders hervorzuheben ist seine Sentenz, wonach „Europa“ kein Altar sein dürfe, auf dem man die Marktwirtschaft (oder ihr wichtigstes Prinzip, nämlich die Stabilität der Währungen) zum Opfer bringen könnte... Wir geben hier einen ausführlich gehaltenen Auszug aus dem Vortrag, den Prof. Röpke über die Probleme des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone gehalten hat, mit dem Hinweis, daß die Referate und Diskussionsbeiträge demnächst in vollem Wortlaut erhältlich sein werden, und zwar in einem Tagungsprotokoll, das der Verlag Martin Hoch in Ludwigsburg zum Preis von 8,70 DM herausbringt.

Die Länder des Gemeinsamen Marktes — und noch mehr alle die Länder der Freihandelszone — sind von außerordentlicher Mannigfaltigkeit in allen Dingen: Mannigfaltigkeit in ihrer politisch-wirtschaftlichen Struktur, in ihren politischen Strömungen, in ihren wirtschaftspolitischen Kräften, in ihrem Lebens- und Arbeitsstil. *Alle diese Länder sollen nun einen gemeinsamen Haushalt führen.* Die einen dieser Länder sind hier, die anderen sind dort weitergekommen: in der Politik, in der Wirtschaftspolitik, in allen ihren Zweigen. Die einen sind glücklicher hier, die anderen glücklicher dort gewesen; die einen haben sich weit auf die Äste des Dirigismus und des Wohlfahrtsstaats und der Inflation hinausgewagt — die anderen sind vorsichtiger gewesen. Hier muß nun sehr deutlich *eine Scheidelinie* gesehen werden, die quer durch ganz Europa geht. Auf der einen Seite dieser Linie sind die Länder, denen es einigermaßen gelungen ist, die gefährlichen Zeitkräfte der Inflation und des Wohlfahrtsstaates und des Dirigismus in Schach zu halten, und denen es einigermaßen gelungen ist, *mit der Marktwirtschaft auch monetäre Disziplin zu verbinden.* Und auf der anderen Seite steht die überwiegende Mehrheit der anderen Länder, denen dies nicht gelungen ist...

Das ist eine Feststellung nüchterner Art, die uns nicht zu irgendwelchem Pharisäertum verleiten soll — auch nicht dazu, die ungeheuren Schwierigkeiten etwa Frankreichs zu übersehen. Aber all das ändert nichts an der Tatsache, daß jene Scheidelinie in der Wirtschafts- und der Währungspolitik besteht. Auf der einen Seite haben wir also jene wenigen Länder, die dank der Verbindung von Marktwirtschaft und monetärer Disziplin ein äußeres Gleichgewicht und eine de facto-Konvertibilität ihrer Währungen erreicht haben — Deutschland, Schweiz, Belgien (wenigstens bis vor kurzem), Italien —, und auf der anderen Seite die Länder mit chronischen oder immer wiederkehrenden Zahlungsbilanz- und Devisennöten, mit Devisenzwangswirtschaft, mit Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts trotz hohem Produktionsniveau: wie heute Frankreich.

Das Problem der europäischen Wirtschaftsintegration wäre ja praktisch gelöst — so, wie es in der Vergangenheit schon einmal gelöst war —, wenn die Länder der zweiten Gruppe, d. h. die überwiegende Mehrzahl der Länder Europas, dem Beispiel der wenigen Länder der ersten Gruppe folgen würden: wenn sich die freie Konvertibilität der Währungen und die Beseitigung der Zahlungsbilanzstörungen ergäbe. Wenn das nicht geschieht, so ist es unwahrscheinlich, daß irgendein anderer Plan Erfolg hat.

Also sind alle diese Pläne, in die so viel Geist, Scharfsinn, Kompromißbereitschaft investiert worden ist, überflüssig, — oder von vornherein zum Mißerfolg verurteilt? Dagegen höre ich immer wieder folgenden Einwand. Man sagt: es sei gerade die große Aufgabe des Gemeinsamen Marktes, einen „heilsamen Druck“ auf die „weniger Tugendhaften“ auszuüben... Man sagt: werden nicht die Volker gerade das Gute unter sich austauschen, wenn sie jetzt den gemeinsamen Haushalt führen, und werden nicht die schlechten

Gewohnheiten der Wirtschaftspolitik, die es ja leider in so vielen Ländern gibt, in der veredelnden Gesellschaft mit den wohlgezogenen Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes abgelegt werden? — Viele unter den Rhapsoden des Gemeinsamen Marktes scheinen sich das so vorzustellen. Und tatsächlich habe ich *einen französischen Freund und Kollegen*, der — allen Ernstes — *auf den Druck Deutschlands innerhalb des Gemeinsamen Marktes hofft, damit sein Land endlich wieder auf den Pfad der Tugend* — der wirtschafts- und währungspolitischen Tugend — *geführt werde und lerne, nicht mehr über seine Verhältnisse zu leben...*

Welche Illusionen und welche Hoffnungen, die jedem gesunden Menschenverstand widerstreiten! Was ist ansteckender, Gesundheit oder Krankheit? Wo liegt die Linie des geringsten politisch-sozialen Widerstandes: in Inflation oder in monetärer Disziplin? Wie ist das natürliche Gefälle: zum Wohlfahrtsstaat hin oder vom Wohlfahrtsstaat ab? Was ist in unserer Zeit leichter durchzusetzen: Marktwirtschaft oder Dirigismus?

Das alles ist schon nicht ohne Gewicht für die Freihandelszone; aber es ist natürlich besonders zu beherzigen im Falle des Gemeinsamen Marktes, d. h. im Falle jenes Projektes, in dem die gesamte Wirtschaftspolitik zusammengespannt werden soll. *Ganz Unentwegte denken sogar an Währungsverschmelzung*, obwohl es doch handgreiflich sein sollte, daß das heute angesichts der Bedeutung der Geld- und Kreditpolitik für die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik nur möglich wäre, wenn wir eine gemeinsame Politik aller dieser Länder hätten — was bedeutet, daß wir einen gemeinsamen europäischen Staat aus jenen sechs Staaten bilden.

Will man nun den Weg gehen, den man sich vorgenommen hat, so ist es sicherlich von größtem Nutzen, ganz klar im voraus zu wissen, welches die Hauptprobleme, die Hauptgefahrenpunkte sind. Ich glaube, daß wir *drei solcher Hauptprobleme* unterscheiden können.

*Das erste ist das Problem, das sich immer stellt, wenn Freihandel auf nur regionaler Basis zwischen einzelnen Ländern verwirklicht wird:* ein Problem, das den Nationalökonomen ja aufs beste bekannt ist. Wenn wir dieses Problem analysieren wollen, dann unterscheiden wir wieder am besten zwischen dem *Endzustand* und der *Übergangsperiode*.

### **Gemeinsamer Zolltarif als Crux**

Betrachten wir zunächst also dieses *Problem des regionalen Freihandels unter dem Gesichtspunkt des bereits erreichten Zieles*, des Endzustandes! Wir haben dann gewiß im Innern eine bessere Arbeitsteilung mit dem Effekt einer Steigerung der durchschnittlichen Produktivität und des Gesamtrealinkommens. Aber natürlich ist dieser Effekt *erkauft* — da wir es ja nur mit regionalem Freihandel zu tun haben — *mit der Abschließung nach außen*. Der Saldo des günstigen Effekts, des *Befreiungseffektes*, wird um so größer sein, je größer der Raum ist, auf den sich der Freihandel erstreckt, woraus sich selbstverständlich die Überlegenheit der Freihandelszone über den Gemeinsamen Markt ergibt. Aber der Saldo dieses günstigen Befreiungseffektes wird auch dann um so größer sein, je weniger sich die Länder durch ihre gemeinsame Handelspolitik nach außen abschließen, je niedriger also die bestehen bleibende Zollmauer gegenüber dritten Staaten ist. Hier liegt *eine gar nicht zu verhüllende Schwäche des Gemeinsamen Marktes deshalb, weil der Gemeinsame Markt im Gegensatz zur Freihandelszone einen gemeinsamen Zolltarif haben wird*, so daß sich die Länder auf einen solchen einigen müssen.

### **Das „Gesetz des Geleitzuges“**

Da bewahrt sich nun jene allgemeine Philosophie, der ich vorhin schon mit einigem Sarkasmus Ausdruck gegeben habe. Ich will es einmal *„das Gesetz des Geleitzuges“* nennen, oder *„das Gesetz der Fußkranken“*. Das heißt, bei einer solchen Einigung *wird man sich nicht auf dem niedrigsten Zolltarif einigen*, der in irgendeinem der sich zusammenschließenden Länder besteht; man wird sich vielleicht nicht auf das höchste Niveau einigen, aber man wird sich *auf ein Niveau einigen, das höher liegt als dasjenige der Länder, die bisher niedrigere Zölle hatten*. Das ist eine selbstverständliche Folge des Gesetzes vom geringsten Widerstand. Außerdem, da sich hier Länder mit so verschiedener Produktionsstruktur zusammenschließen,

wird sich auch eine Vermehrung der Schutzinteressen ergeben. *Nun mehr treten im Gemeinsamen Markt ganz nette protektionistische Interessen auf*, eben z. B. jener, die interessiert sind am Kaffeezoll als einem Schutzzoll und nicht als einem Finanzzoll...

Nun: das, was man erwarten mußte, ist ja eingetreten. Der gemeinsame Zolltarif bringt für den Gemeinsamen Markt durchschnittlich höhere Zölle gegenüber dritten Ländern mit sich, zum Teil sogar erheblich höhere Zölle. *Daher steht dem Gemeinsamen Markt nach innen der weniger Gemeinsame Markt nach außen sogar innerhalb unseres heutigen Resteuropas gegenüber*. Ob die späteren Handelsverträge, die von der Organisation des Gemeinsamen Marktes nach dem Artikel 18 des römischen Vertrages abgeschlossen werden sollen, eine Herabsetzung bringen, die so weit geht, daß der Tarif durchschnittlich zumindest nicht höher sein wird als heute, steht dahin, scheint mir aber unwahrscheinlich, schon wegen des starken französischen Protektionismus.

Hier tritt die Überlegenheit der Freihandelszone gegenüber der Idee des Gemeinsamen Marktes hervor, weil da keine Einigung nach dem Gesetz des Geleitzuges auf dem gemeinsamen Zolltarif notwendig wäre. Aber ich brauche nicht zu sagen wie unerprobt der Gedanke der Freihandelszone, wie groß die Schwierigkeiten praktischer Art sind, die hier zu löten wären und die offenbar nur mit einem beunruhigenden Maß eines Bürokratismus zolltechnischer Art — Ursprungszeugnisse und dergleichen — gelöst werden könnten.

Noch ein weiterer Gedanke, der einen Sachverhalt zum Ausdruck bringt, der scheinbar paradox ist. Auch wenn nämlich keine Abschirmung nach außen von der eben geschilderten Art stattfindet, *kann regionaler Freihandel eine Störung des freien internationalen Handels bedeuten, statt einer Förderung*. Wir müssen uns erinnern, daß regionaler Freihandel, wie der Gemeinsame Markt es ist, ein Doppelgesicht hat: *Befreiung nach innen, aber Verdrängung nach außen*, und das selbst dann, wenn keine Zollerhöhung stattfindet. *Eine Tür öffnet sich, eine andere schließt sich*.

Also kommt alles darauf an, daß *der Befreiungseffekt den Verdrängungseffekt überwiegt*. Das wird um so mehr der Fall sein, je mehr wir damit rechnen können, daß sich in diesen beiden Ländern A und B Produzenten befinden, die miteinander konkurrieren. Mit anderen Worten: der Befreiungseffekt wird um so größer sein, der Freihandelsblock wird um so günstiger für alle wirken, je mehr die sich zusammenschließenden Länder dank ähnlicher Struktur miteinander konkurrieren.

Natürlich ist der Fall des Gemeinsamen Marktes im ganzen nicht ungünstig zu beurteilen. Denn in der Tat ist die Aussicht auf eine Konkurrenzierung von Produzenten innerhalb des sich zusammenschließenden Gebietes recht groß. Aber wir dürfen nicht die große Zahl von Produzenten vergessen, bei *denen keine rationelle Standortverschiebung* innerhalb des Gemeinsamen Marktes stattfindet — eine Wanderung zu dem günstigsten Produktionsstandort —, *sondern eine unrationelle Verdrängung eines Produzenten außerhalb dieser Ländermaße*. Nehmen Sie den Fall der italienischen Orangen, nehmen Sie den Fall der italienischen Rohseide, die nunmehr innerhalb des Gemeinsamen Marktes die japanische Rohseide verdrängen wird, obwohl diese heute, wie ich weiß, durchaus konkurrenzüberlegen ist. Das alles würde natürlich *noch mehr der Fall sein bei dem Einschluß der afrikanischen Gebiete* mit ihren Tropenkulturen!

Wenn wir die *Übergangsperiode* betrachten, dann ergeben sich die Probleme gerade aus der eben angestellten Betrachtung. Denn *die günstig zu beurteilenden, befreienden, rationalisierenden, handelvermehrenden Zollherabsetzungen* richten sich ja gegen die Produzenten *innerhalb* des Gebietes, die *handilverdrängenden* richten sich *gegen die Produzenten außerhalb des Gebietes*. Das heißt, die ersten tun den Produzenten innerhalb des Gebietes wehe... die zweiten tun ihnen nicht wehe.

Warum soll man nicht, so konnte man meinen, den Zoll auf italienische Orangen sofort zum 1. Januar 1958 abschaffen? Denn dieser Zoll wird ja nur die Spanier treffen. Daher, scheint mir, besteht eine gefährliche Tendenz, bei einer schrittweisen Herstellung des regionalen Freihandels — und das ist das einzig mögliche — die handilverdrängenden Herabsetzungen oder Zollbefreiungen zu bevorzugen, mit ihnen zu beginnen. Damit sind wir in jenem Übergangsstadium, in jenem Sumpfgürtel, wie ich es genannt habe, und damit erkennen wir *die Tendenz des regionalen Freihandels, handilverdrängender und daher weltwirtschaftlich störender im Übergangsstadium als im Endstadium zu sein*. Der Freihandelsblock, ob Gemeinsamer Markt

oder Freihandelszone, kann aber sein Ziel nur erreichen, wenn er weh tut. Das ist nicht nur politisch-psychologisch schwer durchzusetzen, sondern — und das ist das, was den Nationalökonomem quält — es ist auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchaus empfehlenswert, das Tempo zu überstürzen, aus Sorge vor einer Roßkur gegenüber den betroffenen schwächeren Produzenten innerhalb des gemeinsamen Gebiets. Geht man aber langsam vor, so schadet man wieder dem handelsbefreienden Effekt. Mir scheint, wir haben es hier *mit einem echten Dilemma jeder regionalen Zollbefreiung gegenüber einer universellen Zollbefreiung zu tun*: denn bei der universellen Zollbefreiung kann man graduell vorgehen, ohne Handelsverdrängungen und Handelsverzerrungen.

### **Dieses Opfer wäre zu groß**

Das *zweite Problem ist das der Gefahr eines internationalen Dirigismus*. Das ist schon keine Gefahr mehr, sondern leider Gewißheit, wenn man die römischen Verträge liest. Diese Gefahr wird nur dann nicht zur Gewißheit, wenn die Regierungen die Weisheit aufbringen, *in den planwirtschaftlichen Wein des römischen Vertrages viel Wasser zu schütten*.

Ich darf das, was ich hier aussprechen möchte, in den Satz kleiden: Europa darf nicht zu einem Altar werden, auf dem die Marktwirtschaft geopfert wird, wir müssen dafür sorgen, daß der Gemeinsame Markt nicht zu einer gemeinsamen Kommandowirtschaft wird. Damit ist gleichzeitig die Gefahr verbunden, daß, je mehr sich ein europäischer Dirigismus breitmachen wird, um so stärker auch autarkische Tendenzen gesamteuropäischer Art hervortreten werden. Denn je mehr die Organisation des Gemeinsamen Marktes die Verantwortung für Investitionslenkungen übernimmt, um so größer wird für sie die Versuchung sein, mit ihren Instrumenten der gemeinsamen Außenwirtschaftspolitik dafür zu sorgen, daß die Fehlleitung von Kapital nicht offensichtlich wird.

Auch deshalb besteht die die größte Notwendigkeit maßzuhalten in bezug auf diese planwirtschaftlichen Tendenzen, *weil eine internationale Planwirtschaft ein besonders hohes Maß an bereits bestehender politisch-moralischer Integration der Länder voraussetzt*. Das heißt, je mehr man sich auf diesen Weg begibt, um so mehr riskiert man eine Zerreißprobe politisch-moralischer Art, und ich habe den Eindruck, als ob man *mit dieser Zerreißprobe in der Montan-Union bereits an die äußerste Grenze gelangt sei*.

Die dritte Problemgruppe betrifft das *monetäre Gleichgewicht der Länder untereinander*, die sich hier – sei es zum Gemeinsamen Markt, sei es zur Freihandelszone – zusammenschließen. Dieses Problem erscheint mir als das entscheidende, und es ist zugleich das allerschwierigste. Es war von jeher das Zentralproblem aller Bestrebungen, die auf die europäische Wirtschaftsintegration gerichtet waren. Ein höchst unbequemes Problem... ein Problem, das man immer wieder gern beiseite schieben oder durch eine Politik des Als-ob (wie im Falle der Montan-Union) überdecken möchte. Es ist ein Problem, das die ganze Geschichte der europäischen Integrationspolitik nach dem Kriege begleitet hat... Ich brauche nicht zu sagen, daß dieses Problem *auch durch die Europäische Zahlungs-Union nicht gelöst worden ist*. Jetzt aber, da man sich auf ein so umfassendes Projekt wie das des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone einrichtet, ist endgültig der Augenblick gekommen, wo man mit Fiktionen nicht mehr weiterkommt.

Lassen sie mich das Problem so scharf wie möglich fassen. Wie ist freier Handel möglich zwischen Ländern, die ihre wirtschaftspolitische Souveränität behalten und damit, daß sie verschiedene Währungen, verschiedene Kurse der Währungspolitik und der Wirtschaftspolitik betreiben, Störungen der internationalen Zahlungen, des internationalen Zahlungsgleichgewichts hervorrufen? Dieses Problem wird durch den Gemeinsamen Markt, durch den römischen Vertrag nicht gelöst, sondern seine Lösung wird vorausgesetzt – muß vorausgesetzt werden, wenn überhaupt etwas Ersprießliches von diesem Projekt erwartet werden soll.

### **Die Wahl des kleinsten Übels**

Vielleicht darf ich zugespitzt sagen, daß es *unmöglich ist, drei Dinge miteinander zu vereinen: nämlich freien Handel, stabile Wechselkurse und Unterschiede der monetären Disziplin*.

Wenn das richtig ist, dann ergeben sich damit zugleich drei Wege, die man gehen kann, indem man das eine

oder das andere von diesen drei Dingen opfert. Man kann *erstens den freien Handel opfern*. Immer, wenn die Dinge schiefgehen, kann man nach dem Muster der „Liberalisierungsschaukel“ der Europäischen Zahlungs-Union den Gemeinsamen Markt (oder später der Freihandelszone) *suspendieren* — immer, wenn ein Land in Zahlungsbilanznöte gerät... so, wie das heute von Frankreich vorgeführt wird. Aber es kann eben ernstlich nicht als ein normaler Ausweg in Betracht gezogen werden, da dann der Gemeinsame Markt und die Freihandelszone zum Gespött werden würden...

*Zweite Möglichkeit: Preisgabe der stabilen Wechselkurse.* Ich möchte sagen — daß ich mir — als eine praktische Lösung — *kein System frei schwankender Wechselkurse innerhalb Europas, innerhalb des Gemeinsamen Marktes, schon gar nicht innerhalb der Freihandelszone vorstellen kann.* Ich glaube, daß die Schweiz eher eine Monarchie werden würde, als daß sie die Stabilität des Frankenkurses preisgäbe und zu frei schwankenden Wechselkursen überginge... Gerade die unendlichen Schwierigkeiten, die sich heute zeigen — in einer Situation, in der nun wirklich eine Wechselkurskorrektur aufs eindeutigste und zwingendste notwendig erscheinen müßte — sollten entmutigend wirken für die (von mir sehr geachteten) Vertreter der Meinung, daß die Lösung in schwankenden Wechselkursen gesucht werden konnte...

### **Maximale monetäre Disziplin**

Setzen wir voraus, daß *die Lösung nicht in einem System federnder Wechselkurse gefunden werden kann: dann bleibt nur eine gemeinsame monetäre Disziplin.*

Aber sofort schließt sich *die schicksalsschwere Frage an:* Welche Art Disziplin, auf welchem Niveau? Auf dem niedrigsten oder auf dem höchsten, d. h. demjenigen Niveau, das zugleich das Gleichgewicht mit den frei konvertiblen Währungen und damit den Übergang zur freien Konvertibilität selbst erlauben würde? Natürlich müssen wir das wünschen. Aber müssen wir hier nicht wieder aufs neue mit dem Gesetz des Geleitzuges rechnen und uns klarmachen, daß wir zumindest alle Hände voll zu tun haben werden, um das zu erreichen? Die Wahrscheinlichkeit einer „Integration nach unten“ ist auch hier sehr groß: der Weg des geringsten Widerstandes! Man erkennt es ja schon heute an dem steigenden Druck, der auf Deutschland ausgeübt wird, in eben dieser Richtung zu gehen...

Wenn aber die Länder des Gemeinsamen Marktes sich nicht auf jenes Höchstmaß der monetären Disziplin einigen können, das wir voraussetzen und wünschen müssen, wenn sie dem Gesetz des geringsten Widerstandes folgen, wenn sie der Ansteckung erliegen, dann besteht die immense Gefahr, daß Gesamteuropa zu einem weltwirtschaftlichen Krankheitsherd wird — Gesamteuropa und nicht nur dies oder jenes einzelne Land, das es bereits jetzt ist! Ich sage das alles nur, um mit äußerster Kraft die Forderung zu unterstreichen, daß *alle Länder einschwenken müssen auf die Linie* nicht nur einer gleichmäßigen, sondern *einer maximalen monetären Disziplin:* so, daß wirklich die Voraussetzung einer Konvertibilität sich in Zukunft einstellt.

Wenn das richtig ist, dann folgt daraus gleichzeitig, daß der Gedanke, das Ideal der Rückkehr zur Konvertibilität durch den Gemeinsamen Markt ersetzen zu wollen, als eine Art von billigem „Ersatz“ eben grundfalsch ist!

Eines sollte unter allen Umständen klar sein für die Freunde wie für die Kritiker des Gemeinsamen Marktes: *daß es ein Unglück wäre für alle,* wenn es bei dem Gemeinsamen Markt dieses römischen Sextetts bliebe, und *wenn keine Erweiterung durch die Freihandelszone erfolgte.* Ich meine, alle sollten ein Gefühl dafür haben, was es bedeutet noch weiter aufzuspalten, nachdem es durch den Vormarsch des kommunistischen Imperialismus bereits so reduziert worden ist, wie das byzantinische Reich im 15. Jahrhundert unter dem Ansturm der Osmanen. Die Urheber des Gemeinsamen Marktes, deren Arbeit und Scharfsinn ich bewundere, sollten doch auch gleichzeitig die ganze Schwere der Verantwortung empfinden, die sie übernommen haben. Statt sich hinter dem römischen Vertrag zu verschanzen, sollten sie sich Rechenschaft davon geben, daß diese Last der Verantwortung nur getragen werden kann, wenn gleichzeitig alles getan wird, um die Freihandelszone zustande zu bringen. Dafür sollten keine unerfüllbaren Bedingungen gestellt werden, sondern dafür sollten auch Opfer gebracht werden. Und es sollte alles getan werden, *um den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone eben auch zu verwirklichen.*

Erweist sich das alles als unmöglich, und können wir auch Frankreich nicht zu einer Nachfrist überreden, um ihm Zeit zu geben, zunächst das eigene Haus in Ordnung zu bringen -, dann sollten die verantwortlichen Staatsmänner die Größe haben, die Idee des Gemeinsamen Marktes zu opfern, und sollten um so kräftiger den Weg der fortschreitenden Liberalisierung und Konvertibilisierung gehen, den die europäischen Länder in der OEEC bisher gegangen sind. Damit würden sie von zwei Übeln das geringere wählen.